

Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Polen-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß. Postsparkassen-Konto 302 622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 106

Sonntag, den 4. September 1932

81. Jahrgang

Was die Woche brachte

Das neue Strafrecht ist Wirklichkeit geworden, nachdem es durch lange Jahre hindurch Gegenstand der Bearbeitung der Kodifikationskommission war. Für Polen ist dieses Gesetz ein großes Ereignis, da von jetzt an im ganzen Lande das Recht einheitlich gesprochen wird. Eine andere Frage ist natürlich die nach der Güte des Gesetzes, die sich derzeit wohl kaum noch abschließend beantworten läßt. Marshall Piłsudski machte vor Jahren einmal der Kodifikationskommission den Vorwurf, daß sie nach Vollkommenheit strebe, wobei die Zeit verfliehe, während doch das Volk es eilig habe, klare und eindeutige Bestimmungen zu erhalten, und selbst auf Kosten der Güte. Tatsache ist, daß die entsprechenden Kommissionen anderer Länder schneller und auch mit geringerem Kostenaufwand arbeiteten. Es wäre nur zu wünschen, daß dieses Gesetz, das lange auf sich warten ließ und infolgedessen auch dem Staat teuer zu stehen kam, dafür umso vollkommener wäre. Die Richter stehen ihm im allgemeinen günstig gegenüber, werden sicher auch die Mühe nicht scheuen, daß die Ziele, die die Schöpfer vor Augen haben mochten, verwirklicht werden.

Eine merkwürdige Folge hat dieses Gesetz bereits nach sich gezogen. Eine Verordnung ist erschienen, welche die Unversehrtheit der Richter bis zum 1. Oktober aufhebt. Die Maßnahme wird begründet mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen. Ein anderer Grund ist wohl die politische Richtung der einzelnen Richter, die, wie es heißt, da und dort an hoher Stelle nicht genehm war. Man spricht deshalb von einem großen Richterschwund, der jetzt bewerkstelligt werden soll.

Das Ende des Sommers läßt auch die Frage aufkommen, wann der Sejm in Warschau seine Arbeit wieder aufnehmen wird. Wie jedesmal um den Monatsersten die Parlamentarier nach Warschau kommen, war auch in dieser Woche dort lebhafter Betrieb. Die einzelnen Parteien hatten Sitzungen ab, wobei auch die Frage der Einberufung des Sejms erörtert wurde. Man ist sich im allgemeinen darüber klar, daß sowohl die Behörde als auch der Regierungsblock sich nicht eilen werden, um die Volksvertretung zu lassen. Nur die Nationaldemokraten scheinen diesbezüglich größeren Eifer zu entwickeln. Sollen ihre Absichten wirklich ernst gemeint sein, dann müssen sie einen entsprechenden Antrag stellen, der verfassungsgemäß von einem Drittel aller Abgeordneten, in diesem Fall von 148, unterzeichnet sein müßte. Ob ihnen das gelingen würde, ist sehr zu bezweifeln, weil die übrigen Parteien mit den Nationaldemokraten nicht der gleichen Meinung sind. Die Volkspartei z. B. hält jede weitere Arbeit im Sejm für zwecklos. Es ließe sich zwar denken, daß die letzten Dekrete des Staatspräsidenten die Oppositionsparteien in eine Front bringen könnten, so daß die erforderliche Zahl von Unterzeichnern aufzutreiben wären. Dem gegenüber steht jedoch die Überzeugung, daß die ganze Aktion schon aus dem Grunde sinnlos wäre, weil die oppositionellen Anträge ja doch samt und sonders von der Regierungspartei niedergestimmt würden.

In Deutschland hat das Parlament, dem man mit so viel Interesse entgegen sah, nur eine Tagung erlebt. Die großen Erwartungen wurden alle enttäuscht. Die Eintagsfliegen verlief sowohl im Reichstag als auch im preußischen Landtag ruhig und keine der erwarteten Entscheidungen fiel. Der Landtag setzt nun wieder aus bis zum 21. September, der Reichstag sogar auf unbestimmte Zeit. Die Konflikte zwischen Regierung und Parlament bleiben also weiter ungelöst. Eines ist jedoch klar: Eine Stärkung der Position gegenüber den Regierungen bedeutet die abgehaltenen Sitzungen nicht. Im Landtag ging man zwar scharf ins Zeug, nahm sich kein Blatt vor den Mund und ließ es auch an radikalen Beschlüssen nicht fehlen, doch ist es ausgemacht, daß all das keine Konsequenzen haben wird, da die Regierung sich verpflichtet fühlt, die Beschlüsse des Landtages auszuführen.

Etwas anders lagen die Dinge im Reichstag. Dort wußte man, daß die Lage kritisch ist und hütete sich sorgsam davor, der Regierung irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Dort war man gezwungen, seine Arbeitsfähigkeit zu beweisen, um der Reichsregierung keinen Grund zur Auflösung zu geben. Man mußte daher Disziplin halten und sich kein gestützt gebärden. Stand man doch einer Regierung gegenüber, von der man wußte, daß sie keinen Augenblick mit der Entscheidung zögern, sondern den Reichstag auflösen würde. Es waren also Verantwortungen zu tragen, aber man entzog sich, nachdem man so ein bißchen Theater gespielt hatte.

Trotzdem wird dieses Verhalten nicht verläßt, sondern wäre dann als ein Unternehmen, das seinen Zweck erfüllte, angesehen. Auch die Nationalsozialisten verhielten sich entsprechend und hörten die Rede von Frau Jettin ruhig an, ohne die vorher angekündigten Provokationen zu veranstalten. Ist aber bei all dem der Reichstag wirklich arbeitsfähig? Man hat eher den Eindruck, daß diese erste Sitzung nur ein Spiel war, um die Auflösung zu verhindern, und daß gelegentlich wieder eine andere Taktik maßgebend sein wird. Das nationalsozialistische Organ, der „Völkische Beobachter“ kündigte gleich am folgenden Tage scharfen Kampf

Streikwelle in Polen

10 000 Arbeiter der Erdölindustrie im Ausstand — Italienischer Streik in Lodz und Oberschlesien

Bemberg. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Klassenkampfvereinigungen und Arbeitgebern in der Erdölindustrie ist Freitag früh der Streik eingetreten, der von einer Konferenz der Belegschaften beschlossen worden ist. Die Arbeiter forderten die Aufrechterhaltung des bisherigen Kollektivabkommens, während die Arbeitgeber eine Herabsetzung der Löhne, erhöhte Arbeitsleistung und Beschränkung des Urlaubs und Urlaubsgeldes durchsetzen wollten. Nachdem eine Einigung nicht zu erzielen war, traten die Arbeiter in den Streik. Der Streik dehnt sich aus, einstweilen sind die Gebiete von Borslauer, Stanislaw und Koszarnienski erfasst, beteiligt sind gegen 10 000 Arbeiter, die sich auf 134 Anlagen verteilen. Wie es heißt, soll der Streik auch auf andere Industrien übergreifen, falls die Arbeitgeber an ihrem Standpunkt festhalten.

Durch den Ausbruch des Naphtastreiks hat die Streikwelle in Polen eine bedeutsame Erweiterung erfahren. Im Lodzer Textilunternehmungen wird seit Montag in einer Reihe von Betrieben der italienische Streik, passive Resistenz, durchgeführt, auch im Hasenarbeiterkreis in Gdingen ist eine Verschärfung eingetreten, wie sich auch die Streiklage in Oberschlesien von Tag zu Tag erweitert. Vermittlungen seitens der Regierung sind im Gange.

Polen unterrichtet sich bei Herriot

Um den deutschen Rüstungsansgleich.

Paris. Ministerpräsident Herriot hat am Freitag den polnischen Botschafter zu einer längeren Besprechung empfangen. Die Unterredung bezog sich vermutlich auf den deutschen Schritt.

Warschau. Wie nicht anders zu erwarten, nimmt die polnische Presse zu der deutschen Forderung nach Rüstungsgleichberechtigung völlig im französischen Sinne Stellung. Die Regierungspresse spricht von einem neuen Anschlag auf das Versailler Diktat, der energisch zurückgewiesen werden müsse, während die Oppositionspresse der Ansicht Ausdruck gibt, daß sich ein Erfolg Deutschlands auf dem Gebiete der Rüstungsfrage nicht mehr verhindern lasse. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ stellt fest, daß die deut-



Der Mann, der 140 Sprachen spricht

In Berlin lebt ein Mann, der 140 Sprachen versteht, liest und spricht: Dr. Cassilo Schultze. Außer den künstlichen Sprachen Esperanto und Volapük und den isoliert dastehenden Bastisch umfassen seine Sprachkenntnisse 10 germanische Sprachen, 11 romanische, 14 slawische, 12 ostindogermanische, 4 westindogermanische, 11 finnisch-ugrische, 14 asiatische, 15 indische, 14 semitische, 18 afrikanische, 6 Südländersprachen und 4 amerikanische Sprachen.

Die Forderung auf Rüstungsgleichberechtigung lediglich in Frankreich auf Widerstand stoße. Aber auch Frankreich werde fleißig beigen müssen. Das Rüstungsverbot könne nur aufrecht erhalten werden, wenn man entschlossen sei, das Rheinland erneut zu besetzen.

Der regierungsfreundliche „Expresz Potanny“ sagt, in Deutschland sei sich alles einig, nicht eher zu ruhen, bis das Werk von 1919 völlig zertrümmert sei. In Frankreich müsse man sich darüber klar sein, daß ein Erfolg Deutschlands nicht verhindert werden könne, wenn die deutsche Gleichberechtigungsforderung ebenso behandelt werde wie die Reparationsfrage.

Begnadigung der Potempamörder

Die Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt — Wiederaufnahme des Verfahrens zu erwarten

Berlin. Auf Grund einer Entschliebung des preussischen Staatsministerium vom 2. September sind die Todesstrafen, die durch das rechtskräftige Urteil des Sondergerichts in Beuthen gegen die fünf Nationalsozialisten verhängt worden sind, im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt worden. Für die Entschliebung war maßgebend, daß die Verurteilten zur Zeit der Tat noch keine Kenntnis von der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 9. August 1932 gegen politische Ausschreitungen und ihre schweren Strafandrohungen gehabt haben.

Im Zusammenhang mit der durch das preussische Staatsministerium ausgesprochenen Begnadigung der vom Beuthener Sondergericht zum Tode verurteilten Nationalsozialisten zu lebenslänglichem Zuchthaus verlautet in unterrichteten Kreisen, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens bevorstehen dürfte. Das würde bedeuten, daß entsprechend der Notverordnung über die Einsetzung von Sondergerichten der Prozeß noch einmal vor dem ordentlichen Gericht, und zwar vor einem Schwurgericht, stattfinden wird.

und größtes Mißtrauen gegen die Regierung Papen an. Schon daraus erseht man, wieviel es geschlagen hat. Die Gelegenheit war ja da. Man hätte gleich für den nächsten Tag eine zweite Sitzung des Reichstages einberufen und ein Mißtrauensvotum auf die Tagesordnung setzen können. Statt dessen zog man es vor, den Reichstag auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Dieser Beschluß war, dem Anschein nach, der einzige, den die große arbeitsfähige Mehrheit noch leisten konnte. Im übrigen ging man den Entscheidungen aus dem Wege. Die Taktik war begründet, denn durch eine Auflösung des Parlaments war viel zu verlieren und nichts zu gewinnen.

Inzwischen geht die Regierung mutig ans Werk. Die Forderung nach der Rüstungsgleichheit wird mit Nachdruck erhoben. Die Erklärungen des Reichswehrministers Schleicher liefen vor einigen Tagen die Welt aufhorchen. Nun ist

Ruhige Aufnahme der Begnadigung

Beuthen. Die Nachricht von der Begnadigung der fünf zum Tode verurteilten Nationalsozialisten des Potempaer Prozesses zu lebenslänglichem Zuchthausstrafe wurde in Beuthen kurz nach Mittag bekannt. Das Straßenbild blieb nach wie vor unverändert, nur hier und da sammelten sich Menschengruppen an, die das Ereignis besprachen. Von einer besonderen Erregung ist nichts zu merken. Die Verordnung über die Bannmeile um das Gerichtsgebäude ist noch immer in Kraft, so daß mit Kundgebungen nicht zu rechnen ist. Die Polizei, die seit einiger Zeit wieder ihren normalen Dienst tat, ist ab heute mittag wieder in Alarmbereitschaft. Zur Sicherung des Bannkreises sind Gleiwitzer Polizeimannschaften nach Beuthen unterwegs, um etwaige Demonstrationsversuche von vornherein zu unterbinden. SA- und SS-Uniformen sind im Straßenbild kaum zu sehen, da das von dem Führer der Beuthener Ortsgruppe der NSDAP vor einigen Tagen erlassene Kundgebungs- und Ansammlungsverbot immer noch besteht.

auch eine Note in Paris eingetroffen, in der die deutsche Regierung ihre Absichten bezüglich des Umbaus der Reichswehr mitteilt. Das Gutgeheul in der französischen Presse ist groß und Ministerpräsident Herriot hat der Presse gegenüber mitgeteilt, daß der Schritt der deutschen Regierung sehr schwer sei. In Paris hat auch der Ministerrat bereits getagt, doch wurden keine Beschlüsse nicht bekanntgegeben. Die Aufnahme des deutschen Schrittes in Paris wird streng geheim gehalten. Man versucht französischerseits mit England Fühlung zu nehmen. Herriot soll dem englischen Botschafter eine Kopie des deutschen Schreibens überreicht haben. Dieser Schritt ergibt sich jedenfalls aus den Bedingungen des Lausanner Konsultationspaktes, in dem sich die beiden Regierungen zu gegenseitigem Meinungs-austausch verpflichtet haben.

—If.

